



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Schoeps, Luise: Belgiens Neutralität 1870

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Belgiens Neutralität 1870

Don Luise Schoeps

Vorwort. Die nachstehende Erinnerung an Bismarcks Stellung zur belgischen Neutralität im Jahre 1870 dürfte die Leser der Grenzboten umso mehr interessieren, als sie eine wertvolle Ergänzung bietet zu der verschleierte und gewundenen Darstellung dieser Frage in Sir Edward Greys großer Unterhausrede vom 3. August 1914. Der englische Minister zitierte in dieser Rede nur einige prinzipielle Phrasen Gladstones und Granvilles über Ehre und Interessen Englands, die eine Erhaltung der belgischen Neutralität erfordern; dagegen vermied er jede Andeutung, die wie die oben veröffentlichten Ausführungen beweisen konnte, daß nicht England, sondern Bismarck es war, der damals die Erhaltung der belgischen Neutralität durch öffentliche Brandmarkung napoleonischer Geheimpläne erzwang.

Der Unterschied der Zeiten kann nicht deutlicher werden. Damals gelang es durch rücksichtslose Preisgabe kompromittierender Sondierungsversuche den Feind ins Unrecht zu setzen und das keineswegs deutschfreundlich gesinnte England durch das Gespenst französischer Absichten auf Belgien zur wohlwollenden Neutralität zu bestimmen. Darüber hinaus aber war für den Fall eines napoleonischen Sieges und einer Verwirklichung seiner belgischen Wünsche sogar der Anschluß Englands an Deutschland gesichert, weil nach Gladstones damaligen Worten (ebenso wie zu den Zeiten Napoleons des Ersten) das englische Staatsinteresse jeder maßlosen Vergrößerung irgend einer Macht an der Nordsee entgegenstehen mußte.

Im gegenwärtigen Krieg aber war es England, das den belgischen Trumpf gegen Deutschland auspielte, obwohl es ihn gar nicht mehr in Händen hatte, nachdem es sich an der belgischen Neutralität durch mehrere Geheimverträge seit Jahren versündigt hatte. Durch strupellose Tatsachenverdrehung, die Deutschland als den böswilligen Verächter des Völkerrechtes hinstellte, versicherte sich England für seine Beteiligung am Kriege der Sympathien vieler neutraler Staaten, und es hat den Anschein, als würden diese in ihrer Gesamtheit erst nach einem endgültigen Siege Deutschlands auch unser Recht in der Behandlung des belgischen Staates verstehen, der sich durch seine kriegschwangeren Abmachungen mit den Drahtziehern des Dreiverbandes schon längst jeden Anspruch auf Achtung seiner Unabhängigkeit verscherzt hatte. III. v. 5.

\* \* \*



as Thema „Garantie der belgischen Neutralität“ taucht 1870 in der öffentlichen Meinung während der Emser Verhandlungen auf. Am 12. Juli setzen die Meldungen aus Brüssel von Truppenbewegungen nach der französischen Grenze ein und werden im Laufe der folgenden acht Tage wiederholt bestätigt. Die Veranlassung, so berichtete der Korrespondent der Kreuzzeitung, sei das Vorgehen Frankreichs, das Besorgnis erregt habe; man fürchte alles von Frankreich, dagegen nichts von Preußen. Ähnliche Vermutungen äußerte König Wilhelm in einem Brief vom 19. Juli. Er schreibt an die Königin Augusta: „Die von uns und Frankreich respektierte Neutralität Belgiens und Hollands inklusive Luxemburgs ist wichtig; aber werden die Franzosen sie wirklich lange respektieren? Die Belgiens vielleicht wegen England, was sich auch zu rüsten anfängt.“

Vorläufig schien Belgien allein für seine Sicherheit sorgen zu wollen. Am Tage der französischen Kriegserklärung vollendete sich der Aufmarsch seiner Observationsarmee. Sie streckte vom Zentrum Namur den linken Flügel nach Nordosten zum Plateau von Herve, den rechten südlich nach Givet aus, um gleichsam mit dieser Frontstellung die beiden kriegführenden Staaten vor einem Angriff auf die Neutralität Belgiens zu warnen. Zugleich bemühte sich die belgische Regierung auf diplomatischem Wege um die erneute Bestätigung der Neutralität, wie sie der Vertrag von 1839 festgelegt hatte.

Die Gesandten Belgiens hatten am 15. Juli bereits in Paris und Berlin die Zusicherung der Garantie erbitten müssen. Die preußische Regierung erfüllte einfach ihren Wunsch; Gramont, der französische Minister des Auswärtigen, glaubte seine Antwort durch die Versicherung verstärken zu müssen, daß Frankreich unter keinen Umständen die Neutralität Belgiens verletzen würde. Er gab mit diesen Worten eine Erklärung ab, die schon am folgenden Tage durch eine schriftliche amtliche Mitteilung der französischen Regierung aufgehoben wurde, da diese Belgien die Garantie seiner Neutralität nur unter der Voraussetzung versprach, daß Preußen sie ebenfalls nicht verletzen würde. Diese Klausel, auf Frankreich angewandt, konnte die belgische Regierung auch in der amtlichen Zusicherung der Garantie lesen, die Bismarck am 22. Juli, als er allem Anschein nach den Wortlaut der französischen Mitteilung erfahren hatte, dem belgischen Gesandten übergab, in der er hinzufügte, daß die von Belgien geforderten Erklärungen im Hinblick auf die vorhandenen Verträge überflüssig wären.

Die beiden Aktenstücke, die die belgische Regierung jetzt in den Händen hatte, waren nicht nur überflüssig; sie schufen eine neue Situation, da sie durch die Bedingung die Garantie der belgischen Neutralität zu einer aktuellen politischen Frage umwandelten, deren Lösung über den Machtbereich der belgischen Regierung hinausging. England, die erste der Signatarmächte von 1839, hatte sich schon am 16. Juli nach der Stellung der preußischen und der französischen Regierung zur Garantie der belgischen Neutralität erkundigt und

fogar Gramonts voreilige Erklärung als nachahmenswertes Beispiel für Preußen hingestellt. Jetzt, nach Zuspitzung der Frage, hielt es sich vorsichtig zurück.

Bismarck machte seinem Unmut darüber gegen Moritz Busch Luft, als er ihm eine Stelle in der Nationalzeitung zeigte, die besagte, daß die Engländer einen Angriff auf Belgien nicht dulden würden. „Gut,“ sagte Bismarck dazu, „aber was hilft es den Belgiern, wenn man wartet mit seinem Schutz und seiner Unterstützung? Wenn, was Gott verhüte, Deutschland erst geschlagen wäre, würden die Engländer den Belgiern gar nichts nützen können, sondern froh sein, wenn sie selbst im Lande sicher blieben.“ Dieser ärgerliche Eindruck der Haltung Englands wurde bei Bismarck verstärkt durch Meldungen von größeren wirtschaftlichen Unterstützungen, die England durch Kohlenzufuhr und Pferdesendungen Frankreich zukommen ließ. Als am 21. Juli Gramont in einem Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter der französischen Regierung durch Entstellung der preussischen Politik in der Kandidatur Hohenzollern die öffentliche Meinung des Auslandes, namentlich die Englands, an sich zu reißen versuchte, entschloß sich Bismarck zu einem Schritt, von dem er sich die weitgehendste Wirkung auf Englands Haltung in jeder Beziehung, auch in der belgischen Frage versprechen konnte.

Der preussische Gesandte in London, Graf Bernstorff, erhielt von ihm den Auftrag, der damals deutschfreundlichen Times die Kopie eines Dokumentes zu übergeben, das sie am 25. Juli unter der Überschrift: „Entwurf eines französisch-preussischen Vertrags. Von Benedetti“ veröffentlichte. Die Hauptgedanken des diplomatischen Aktenstücks waren folgende: Frankreich bestätigte Preußen seine Erwerbungen durch den Krieg 1866 und läßt ihm freie Hand bei der Gestaltung des Norddeutschen Bundes und bei einem Zusammenschluß des Norddeutschen Bundes mit Süddeutschland. Dafür verspricht Preußen, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern und eine Eroberung Belgiens mit seiner gesamten Land- und Seemacht zu unterstützen. Das Bündnis sollte offensiv und defensiv sein.

Die englische Regierung beeilte sich noch an demselben Tage die Erklärung abzugeben, daß sie der Veröffentlichung fern stände. Am nächsten Tage erfuhren die ausländischen Diplomaten in Berlin, Bismarck werde ein Vertragsprojekt veröffentlichen, das mit jenem in der Times übereinstimme.

Die preussische Presse brachte den Abdruck am 28. Juli. Dem Vertragsentwurf war hier eine Einleitung vorausgeschickt, die einen Überblick über die französischen Kompensationsforderungen während des Sommers 1866 gab und die Überreichung des Projektmanuskripts durch Benedetti in die Zeit der Luxemburger Angelegenheit 1867 verlegte. In einem längeren Schreiben an Bernstorff, das ebenfalls sogleich veröffentlicht wurde als Antwort auf das Kriegsmanifest Napoleons vom 23. Juli und auf ein zweites Rundschreiben Gramonts vom 24. Juli, schildert Bismarck noch eingehender die Geschichte der französischen Kompensationsforderungen, die mit dem Jahre 1862 begannen, und deutet

seine dilatorische Behandlungsweise der französischen Ansprüche an. Seinem Bericht fügt er die Vermutung hinzu, daß Frankreich, wenn die Veröffentlichung in der Times nicht stattgefunden hätte, nach Vollendung seiner eigenen militärischen Vorbereitungen und der Preußens, den Vorschlag gemacht haben würde, den Benedettischen Entwurf an der Spitze zweier bewaffneter Armeen zu verwirklichen, das heißt einen sofortigen Frieden auf Kosten Belgiens zu schließen.

Bismarck hatte durch die Veröffentlichung in der Times Frankreich die Rolle des Angeklagten zuerteilt. Dessen erste Verteidigung auf die Publikation der englischen Zeitung war freilich recht schwach. Die französische Regierung begnügte sich, am 26. Juli im Journal officiel ihre Kenntnis von einem formellen französisch-preußischen Vertragsentwurf abzuleugnen, und gestand allein zu, daß nach dem Prager Frieden 1866 Besprechungen über den Entwurf eines Allianzvertrages zwischen Bismarck und dem französischen Gesandten Benedetti stattgefunden hätten. An einige der damals geäußerten Gedanken könnte das Altentstück der Times erinnern; Napoleon habe aber alle Vorschläge der preußischen Regierung zurückgewiesen. Da Bismarck das Manuskript des veröffentlichten Dokumentes den ausländischen Diplomaten vorlegte, es photographisch vervielfältigen ließ und einwandfrei Benedettis Handschrift auf französischem Papier offiziell festgestellt wurde, konnte jedoch die Beteiligung der französischen Regierung an der Gestaltung des Vertragsentwurfs jenseits des Rheins nicht mehr bestritten werden.

Benedetti versuchte nun in einem offenen Brief an Gramont wenigstens Bismarck zum eigentlichen Urheber der Kompensationsverhandlungen zu stempeln, der erst Frankreichs Auge auf Belgien gelenkt habe. Gramont nahm seine Beweisgründe auf und bemühte sich, sie wirkungsvoll zu unterstützen. Beide hatten keinen Erfolg. Die Erinnerung an die napoleonische Politik der letzten Jahre widersprach ihren Argumenten und Erklärungen. Frankreichs Streben nach Luxemburg 1867 hatte den Verdacht erweckt, daß Luxemburg eine Etappe auf dem Wege nach Belgien werden sollte. Im Jahre 1869 waren Napoleons Absichten noch deutlicher hervorgetreten, als er Belgien durch eine Eisenbahnkonvention von Frankreich abhängig zu machen suchte. Solche Tatsachen konnten die moralische Niederlage der französischen Diplomatie nur noch unterstreichen.

Für die augenblickliche politische Lage war vor allem wichtig die Wirkung der Publikation in England. Das Dokument der Times hatte sofort das Interesse des gesamten englischen Volkes wachgerufen. Am Abend des 25. Juli erfolgte eine Interpellation Disraelis, des Führers der konservativen Opposition im Unterhause. Gladstone, der englische Premierminister, mußte — ebenso wie der Minister des Auswärtigen Granville auf die Anfrage Stratfords im Oberhause — zurückhaltend antworten, da die aufklärenden Mitteilungen der von der Publikation betroffenen Mächte noch ausstanden. Die Erregung des englischen Volkes wuchs in den folgenden Tagen; englische Politiker machten eifrig auf die Gefahr aufmerksam, die England bedrohte, wenn Belgiens

Unabhängigkeit verletzt würde. Die englische Presse stellte den Vertragsentwurf als eine Beleidigung Englands, des Beschützers der belgischen Neutralität, hin.

Am 1. August ergriff Disraeli zum zweiten Male das Wort im Unterhause und forderte die Regierung zur bewaffneten Neutralität auf; denn auf keinen Fall dürfe sich eine starke Militärmacht England gegenüber an der europäischen Küste zwischen Dünkirchen, Ostende und den Nordseeinseln festsetzen. Gladstone lehnte die Forderung Disraelis ab und überließ es Granville, das Oberhaus zu beruhigen durch die Versicherung, daß er in der Zwischenzeit nicht untätig gewesen sei, und durch das Versprechen, sobald als möglich den Vertretern des englischen Volkes die Ergebnisse seiner diplomatischen Maßnahmen mitzuteilen.

Die englische Regierung hatte sich inzwischen offiziell am 30. Juli an die französische gewandt. Sie hatte dieser ihr Bedauern ausgesprochen, daß befreundete Mächte jemals daran gedacht hätten, die Neutralität eines Staates anzutasten, dessen Verteidigung mit der Ehre und dem Interesse Englands eng verbunden sei. Ein klarer Bericht über die Verhandlungen mit Preußen sei jetzt eine Pflicht für die französische Regierung, da die kurzen Bemerkungen im Journal officiel als zu allgemein und dürftig zu beurteilen wären. Angesichts dieser Enthüllungen betrachte es nun die englische Regierung als ihre Pflicht, die Garantie der Neutralität Belgiens für den augenblicklichen Krieg und für einige Zeit danach zu kräftigen.

England schlägt daher Frankreich und Preußen vor, getrennt voneinander mit ihm einen Vertrag oder ein Protokoll zu unterzeichnen, das auf dem betreffenden Artikel des Vertrages von 1839 fußen und Englands bewaffnetes Eingreifen bestimmen sollte, wenn eine der beiden kriegführenden Mächte die Neutralität Belgiens verletzen würde. Die militärischen Operationen Englands sollten sich innerhalb der belgischen Grenzen vollziehen. Ferner wünschte England, daß dieser Vertrag noch zwölf Monate nach einem Friedensschluß in Geltung bliebe, damit eine ruhige Ausführung der einzelnen Friedensartikel gesichert wäre. Dann sollte die Garantie der Neutralität Belgiens wieder allein auf dem Artikel des Vertrages von 1839 beruhen. Granville fügte diesem Vorschlag einige Tage später noch Erläuterungen hinzu, die besagten, daß vor allen Dingen keine der durch den Vertrag verpflichteten Parteien eine belgische Festung ohne vorherige Vereinbarung mit der anderen besetzen dürfe, um mit dieser Bestimmung den Moment für ein Eingreifen Englands etwas zu fixieren.

Che Bismarck den Wortlaut des englischen Projektes kannte, erteilte er telegraphisch seine Zustimmung zu jeglicher Maßnahme, die die Neutralität Belgiens stärken würde. Die übrigen Signatarmächte schlossen sich ohne weiteres dem englischen Vorschlag an. Belgien, das Englands Fürsorge später als Preußen und Frankreich erfuhr, konnte weiter nichts mehr tun, als seine Dankbarkeit aussprechen. Frankreich versuchte zwar, den Passus über die Geltung des Vertrages nach einem Friedensschluß zurückzuweisen. Die englische Regierung aber hatte Bismarcks uneingeschränkte Zusage in Händen und ging auf die

französischen Wünsche nicht ein. Gramont sah sich gezwungen, dem englischen Projekte seine Zustimmung zu geben und auf diese Weise der vorausgegangenen moralischen Niederlage eine diplomatische hinzuzufügen. Am 9. August unterzeichnete Granville den Vertrag mit Bernstorff, am 11. August mit La Valette, dem Botschafter Frankreichs in London.

Der Rückblick auf das Schicksal der belgischen Neutralität 1870 ruft die Frage hervor, von welcher Bedeutung die diplomatische Lösung dieser Verwicklungen für die beiden kriegsführenden Staaten gewesen sei. Eine unmittelbare militärische Bedeutung enthielt das Abkommen mit England für keinen der beiden Gegner. Napoleons Kriegsplan zielte allein auf einen schnellen Vorstoß nach Süddeutschland, in der Hoffnung, daß nach einigen französischen Siegen die süddeutschen Staaten an seine Seite treten und sich gegen Preußen und den Norddeutschen Bund wenden würden. Der preußische Generalstabsplan war durch das gleiche Interesse an dem Anschluß Süddeutschlands und durch den Gedanken gemeinsamer Operationen gegen Frankreich bestimmt. Die erneute Garantie der belgischen Neutralität bewahrte Preußen zugleich vor einer Zersplitterung seiner militärischen Kräfte. Dies mußte ihm um so willkommener sein, als es sich bei Beginn des Krieges von der Gefahr bedroht sah, an zwei Fronten kämpfen zu müssen, wenn Österreich und Italien ihre schwankende Haltung aufgaben und zu Frankreichs Gunsten in den Kampf eingriffen.

Der eigentliche Wert des Vertrages vom 9. und 11. August 1870 konnte sich jedoch erst zeigen, wenn Napoleon nach preußischen Niederlagen daran gehen würde, sich Belgiens zu bemächtigen. Dann mußte sich in England für Napoleon ein zweiter Gegner, für Preußen ein wertvoller Bundesgenosse erheben. Bismarck gab mit der Veröffentlichung des Aktenstückes in der Times den ersten Anstoß zu dieser Gruppierung der Mächte. Er erfüllte dadurch die Aufgabe des Diplomaten und Staatsmannes, die darin besteht, ungünstigen militärischen Ereignissen, die im Bereich der Möglichkeit liegen, durch diplomatische Maßnahmen im voraus entgegenzuarbeiten.

